

Wittnau, den 7. Januar 1920

schämen jedoch die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben.

London, 7. Januar. Am Mittwoch wird eine außerordentliche Versammlung der Eisenbahnarbeiter abgehalten werden, in der endgültig darüber entschieden werden wird, ob die Vorschläge der Regierung angenommen werden sollen oder nicht.

Der verzögerte Friede

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles hat am Sonnabend einzelne bei den Verhandlungen zu Verfassungen mit dem Generalsekretär Dulagia nochmals unmittelbar vertragt. Bei dieser Gelegenheit ist Herrn Dallast eine Aufzeichnung übergeben worden, in der die Stellung der deutschen Regierung zu diesen Fragen kurz festgestellt wird. Zur Beleidigung der Schwierigkeiten, die sich aus der Nichtbeteiligung Amerikas an der Erarbeitung des ersten Protokolls über die Niederkunft der Finanzkommissionen ergeben, ist Deutschland bereit, weitgehend Entgegenkommen zu zeigen. Es wird sodann nochmals festgestellt, daß Verträge deutscher Hofmaterialien ins Ausland noch dem 3. November nach den bisher angestellten Ermittlungen nicht stattgefunden haben. Ferner wird erneut Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Bekämpfung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow, die sich im Vertrauen auf die Abreden des Waffenstillstandes in den Machtbereich der Gegner begeben haben, gewaltsam festgehalten werden. Weiter wird die Erwartung ausgesprochen, daß die jenen kleinen Kreuzer, die nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben, solche Schiffe sein werden, deren Ertrag durch Neubauten nicht schon in wenigen Jahren notwendig wird. Es wird betont, daß die benötigte Verteidigung der langgefeierten deutschen Küste auf den Besitz militärisch brauchbarer Kreuzer unbedingt angewiesen ist.

Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der darauf gedrungen wird, daß das Aufsehen von Besetzungstruppen in den Abstimmungsgebieten mit Rücksicht auf die Finanzlage Deutschlands auf das den Schätztriften nach unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibt. Hinsichtlich der Abstimmungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß nebst der künftigen Freistadt Danzig noch das Gebiet von Memel mit dem Kosten für die Besetzung belastet werden, da deren Leistungsfähigkeit bei weitem nicht ausreiche. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besetzung würde den bisherigen Besitz der Friedensabstimmung erheblich überschreiten; auch in Memel würde eine geringere Besetzung hinreichend, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten.

Um Wunschi und Allenstein, dort die Einwohnerzahl weiterzuführen zu lassen, wurde nach Paris weitergegeben.

Das Echo de Paris hat sich in der Sonnabend-Edition des Obersten Rates ein bedeutender Vorsprung zugestanden. Der Justizhochstatter des Vereinigten Staates, Wallace, verlangte, daß die Beschlüsse des Obersten Rates zukünftig statt mit der Formel: "Die alliierten und sozialistischen Mächte" durch die Formel "Die alliierten Mächte" eingeleitet werden. Der Schriftsteller Bertinat fügt hinzu, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr offiziell an den gesetzten Beschlüssen teilnehmen wollen; aber sie werden trotzdem durch einen Gesandten in den Sitzungen vertreten sein. Wilson wird nicht nur von der Politik des Obersten Rates Kenntnis haben sondern es wird auch nichts endgültig beschlossen werden, ohne daß vorher keine Zustimmung erlangt worden ist.

Dulagia erklärte, der Konsens werde darauf basieren, daß vor Inkraftsetzung des Friedensvertrages alle technischen Einzelheiten erledigt werden. Bei diesen technischen Einzelheiten handelt es sich in der Hauptsache um die Transporte der alliierten Truppen, um die Räumung sowie die Besetzung der abgetrennten Gebiete und der Gebiete, in denen Wollabstimmungen stattgefunden haben, um die zuständige Gerichtsbarkeit in diesen Gebieten, den Übergang der Verwaltung usw.

Zu der Entente, in der darauf hingewiesen wird, daß in Oberschlesien zu großen Zusammenstellungen von Truppen stützen, wird amtlich festgestellt, daß während der letzten Monate keinerlei Truppenverschiebungen in Oberschlesien stattgefunden haben, sondern daß im Gegenteil Truppen aus Oberschlesien besonders nach Ostpreußen zum Grenzübergang abgezogen worden sind. Es sind von den aus dem Baltikum kommenden Truppen feinerlei Formationen nach Oberschlesien verlegt worden. Wenn solche Rückschriften nach Oberschlesien kommen sein sollten, so kann es sich nur um einzelne dort beheimatete Leute handeln. Die knappe militärische Besetzung Oberschlesiens reicht nur auf das Notdürftige hin, um dort die Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten.

Wie bekannt, hat der Oberste Rat den Beschluss gefasst, den Einwohnern der Abstimmungsgebiete den Schutz derjenigen Macht anzudehen zu lassen, deren Vertreter ihr Gebiet verwaltet. Da Oberschlesien durch eine Kommission unter dem Vorstoß des französischen Generals De Rond verwaltet werden wird, geht die Rolle der Schutzwacht in Oberschlesien auf Frankreich über. Damit ist die Gleichberechtigung der deutschen und polnischen Agitation zum mindesten in großer Gefahr.

Die Rückbildung Deutschlands

Die Times meldet aus Paris: Der verbündete Kriegsrat erläutert in einem Gutachten an den Obersten Rat, daß eine Herauslösung der Verbündeten Truppen in den besetzten deutschen Gebieten nicht zu befürworten sei. Er empfiehlt keinen Abbau der Truppenstärke vor Ablauf der nächsten zwei Jahre.

Nach einer Meldung der Information aus Paris hat der Oberste Rat sich dahin gezeigt, daß den verbündeten Kontrollkommissionen, die nach der Friedensratifikation Deutschland bereitstellen werden, jederzeit Eintritt in alle Staats- und Privatunternehmungen zu gewähren ist.

Ferner beschloß er, nach erfolgter Friedensratifikation eine allgemeine Amnestie für alle im besetzten Gebiet wegen Vergehens gegen die Vorschriften der Besatzungsbehörden bestrafen oder noch verurteilenden Personen zu erlassen. Die Amnestie findet auch Anwendung auf Elends-Vorbringen und auf das Saargebiet. Endlich wurde der Antrag angenommen, in den deutschen Abstimmungsgebieten unmittelbar nach dem Einmarsch der verbündeten Überwachungsgruppen die bestehenden Ortsgruppen der Kommunistischen Partei aufzulösen und jede kommunistische Propaganda zu unterdrücken.

Dresdner Volkszeitung

Berichtigung der Ratifikation

Den 7. Januar. Troy der bestimmt gekrönte Savab-meldung, daß der Abstimmung der Abstimmungskommissionen auf Sonnabend festgesetzt sei, und man noch einer Pariser Rendition des Konsens mit einer kurzen Verzögerung des Abtes rechnet, weil Lloyd George und Ritter, die sich dabei an der Seite Clemenceau befinden sollen, erst am Montag in Paris eintreffen dürften.

Ein schimpfender Admiral

Den Oberst Reinhardt, den nun endlich erledigt, schreibt der Admiral Meurer, der Kommandant der U-Flottille, am Vordial genommen zu haben. Zur Jahreswende erhielt er einen Tagesbefehl zwecks Bekanntgabe am Neujahrsstage der das Unterricht an Besoldung der Regierung darstellt, was ein der Regierung unterschriebener Offizier sich überhaupt leisten kann. In dem gedruckten Tagebefehl — er steht Nr. 125 — heißt es:

"Das Jahr 1919, därfte wie jedes blüht in der Geschichte des deutschen Volkes, ist zu Ende. Ein Jahr reich an Werten und leeren Verheißungen, überwiegend an Unheil, arm und erbärmlich an Taten. Seitdem des deutschen Reiches Unterhändler Erzberger im November 1918 zum Schauspieler unsrer Zeitlinie die vernichtenden Waffenstillstandsbestimmungen überhandlos und bedingungslos entnommen hat, ist es mit dem Unsehen und der Kraft Deutschlands Schrift für Schrift über die Künste des Schmachierens und der schändbaren Auslebensparaphrasen abwärts gegangen bis zur lädigenden Selbstvernichtung. Eine Tat aber leuchtet für die Marine aus dem Dunkel der Schande unseres Volkes hell hervor, damals angelehnt, die Ehre unsrer ehrwerten Kämpfer im alten Blau erhalten zu lassen: die Verleugnung unsrer durch schändlichen Vertragstraktat in Geländegefecht gewonnenen Schlachtsiege. Reihmen voll und an unser Namenstagen ein Beispiel, den Mut zur Tat."

In diesem Stil geht das Schriftstück weiter, das noch einige Worte vom "heldischen Welt internationaler Verzweigung" redet, um in Neudankensszenen auszuläufen.

In einem offiziellen Schriftstück hofft es also ein militärischer

Schiffshaber, daß Witzen der Regierung, der er untersteht, in deutscher

Nationalität hinzuerzählen, als Mitglied seiner Regierung,

dem Minister Erzberger, auf das leichtfertige und läufigste zu

beschimpfen, die Tat vor Scapa Flow, die eben erst das deutsche Volk

sich sein gesamtes Material losset, als leuchtendes Beispiel

dargestellt und zur Nachahmung zu empfehlen! (Offenbar

glaubt der Herr, Deutschland hätte noch Überfluss an auslieferungs-

fähigen Gegnern!) Das allererbärmlichste aber ist, daß dieser

alldämmische Schimpfzug nun noch sämächtigen Mannschaften als Aus-

gebung ihres Schiffshabers vorgelesen werden soll. Weiche Achtung

werden, welche Achtung können die Mannschaften noch vor der Re-

gierung haben, wenn diese einen Vorwurf auf seinem Namen duldet,

der in seinen Tagesbefehlen die Regierungskollegien beschimpft. Wird

mit Herz Meurer nicht schleunig Schlaf gemacht, so darf sich niemand

über die Folgen wundern.

In dieser Gelegenheit liegen die französischen Herren

auf dem später so rührigen Staatsanwalt Dortsen. Bis-

chen dem Büro des Obersten Pineau, Oberministerver-

walter des Distrikts Wiesbaden, und Dortsen entwidete hi-

bald ein sehr reger Verkehr. Dortsen erklärte sich

der französischen Behörde gegenüber über bereit,

den Putz auf Abspaltung der Rheinla-

nde zu machen. In der Nacht zum 1. Juli kam es zur

Ausrufung der rheinischen Republik; der Putz schrie

nur an der Wachtmann und der Entschlossenheit der ar-

beitenden Massen und einiger entkennender deutsche

Beamten.

In dieser Nacht erhielt der französische Kapitän

Braun bei dem deutschen Polizeidirektor in Wiesbaden und

erklärte ihm, im Laufe der Nacht würden Plakate unbekannten Inhalts von Unbekannten angebrachten. Die Bi-

spaltung dürfe unter keinen Umständen verhindert werden; auch darf die deutsche

Behörde die Ankleber nicht belästigen. Französi-

sche Militärautos brachten die Plakate für den Dortsen-

ischen Rheinlandspoliz auf das Land. Man darf annehmen,

dass die Kosten für die Aktion aus den Summen bestritten

wurden, die das Deutsche Reich für die Besetzungstruppen

auszubringen hat, so daß also höchstwahrscheinlich ein fran-

zösischfeindlicher Putz gegen Deutschland mit deutschen

Summen finanziert worden ist. Als deutsche Bürger und

Arbeiter in der Frühe des 1. Juli die Plakate des Rhein-

landspolizier sofort von den Säulen und Häusern rissen, gab

der Oberst Braue den ausdrücklichen Befehl, daß die Plakate

neu anzuleben und von den Schuhleuten zu bewachen seien.

Der französische Oberst Pineau, der schon durch verschriftlichte

Telegramme an seine Regierung die gelungene Ausrufung

der rheinischen Republik gemeldet hatte, bezahlte dem deut-

lichen Bundespräsidenten, dem Dortsen und seinem Einzugs-

ministern entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen.

Der Bundespräsident weigerte sich zunächst und wurde

für seine Pflichterfüllung als deutscher Be-

amter mit der Ausweisung bedroht. Schon nach wenigen Tagen freilich war die Dortsen'sche Regierung

durch den Widerstand der deutschen Bevölkerung so kom-

promittiert, daß die Energie eines preußischen Polizei-

kommandos hinreichte, um die Dortsen'sche Hütte aus dem Pe-

rigungsgebäude auf die Straße zu setzen.

Trotz dem damaligen Hasses der Firma Dortsen u. Co.

blieben diese Rheinlandschleicher die Günstlinge der fran-

zösischen Militärs. Dortsen wurde ländernder Gott in den

französischen Militärbüros. Französische Militärtelphone

wurden ihm zu seinen Propagandabüros zur Verfügung

gestellt. Nach Vermittlung der französischen Behörde er-

hielt er zu seinem persönlichen Schutz von der deutschen Poli-

zei requirierte Pistolen ausgedändigt. Die Autos des Herrn

Dortsen erhielten mit Erlaubnis des französischen Oberen

Pineau besondere Kennzeichen.

Die Propaganda Dortsens hat längst einen Umfang an-

genommen, der auch von einem reichen Mann finanziell nicht

mehr getragen werden kann. Der französische Oberst Pineau

hat sich vor einiger Zeit dahin geäußert, die Sache Dortsen

solle nun schon Millionen und beginne ihm fürchterlich zu

werden. Woher erhält Dortsen die Millionen? Die Frage

ist vielleicht nicht schwer zu beantworten: man weiß, daß

dem Herrn Dortsen im französischen Distrikt Wiesbaden

ein Widerstand gegen seine Aktionen besteht.

Die Behörde hat längst einen Umfang an-

genommen, der auch von einem reichen Mann finanziell nicht

mehr getragen werden kann. Der französische Oberst Pineau

hat sich vor einiger Zeit dahin geäußert, die Sache Dortsen

solle nun schon Millionen und beginne ihm fürchterlich zu

werden. Woher erhält Dortsen die Millionen? Die Frage

ist vielleicht nicht schwer zu beantworten: man weiß,

daß der Herr Dortsen im französischen Distrikt Wiesbaden

einen Widerstand gegen seine Aktionen besteht.

Die Behörde hat längst einen Umfang an-

genommen, der auch von einem reichen Mann finanziell nicht

mehr getragen werden kann. Der französische Oberst Pineau

hat sich vor einiger Zeit dahin geäußert, die Sache Dortsen

solle nun schon Millionen und beginne ihm fürchterlich zu

werden. Woher erhält Dortsen die Millionen? Die Frage

ist vielleicht nicht schwer zu beantworten: man weiß,

daß der Herr Dortsen im französischen Distrikt Wiesbaden

einen Widerstand gegen seine Aktionen besteht.

Die Behörde hat längst einen Umfang an-

genommen, der auch von einem reichen Mann finanziell nicht

mehr getragen werden kann. Der französische Oberst Pineau

Mittwoch den 7. Januar 1920

Am 7. Januar 1920 werden die Wahlen der Dresdner Gewerkschaftsgemeinde umzustimmen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends für die Abstimmung und Auszählung der Elb- und Erzgebirgsfamilien geöffnet mit der Einschränkung, daß die Abstimmung von Erzgebirgsfamilien vor und weiteres 3. Abstimmung und Sonntagsabstimmung von 2 Uhr abends an geöffnet bleibt.

Dresden, am 5. Januar 1920.

Gewerkschaftsbehörden Dresden-Mitte und Dresden-Mittestadt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Dresden.

Den Wählern zur Wahlzeit, das unter

Stadt. Dr. Eichler

Alfred Zinkel

verkünden ih.

Die Wahlzeit erfolgt zu zweit, ab 7 Uhr im Gewerkschaftshaus zu Tolkewitz.

Gerner verkündet die Wählern

Anton Olsen, Fritz Rausch,**Kurt Alfred Steinert und****Karl Gustav Träger.**

Über ihrem Abdruck:

Die Verwaltung.

4. Unterbez. Ortsgruppe Loschwitz
Freitag den 9. Januar, abends 7½ Uhr**Gruppen-Mitgliederversammlung**

im Kreis-Amtshaus, Loschwitz, Grundstr.

Tageordnung:

1. Bericht aus der Kreiszentrale und der

Kreisvorstandssitzung.

Die Wählern werden gebeten, zahl-

reich und pünktlich zu erscheinen.

Die Bevölkerung.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden.

Ortskartell militär. Betriebe Dresden.

Um alle entlassenen Angestellten und Arbeiter

der Militärfabrik Dresden!

Donnerstag den 8. Januar 1920, nacht. 8½ Uhr

Betriebs-Versammlung

im Zweiten der Flugzeugfabrik

Tageordnung:

Bericht über die Verhandlungen über die am

heutige Gestaltung der Betriebe.

Besitzerhalter: Kollege H. Marx

Als Ausweis dient die Rundschau vom 1. Januar

Die Ortsverwaltung der Gewerkschaften.

Die Vorlesungen an der Dienststätten

Dienststätte Weißes Vorland noch aufge-

schoben.

Verein f. Volksküche Hochschule.

Die Vorlesungen an der Technischen

Hochschule, Vorlesung 7.15

Dr. Stadtmann (Geising)

Prof. Dr. Schäfer (Geising)

Prof. Dr. Schäfer (Geising)

beginnen mit Freitag, den 8. Januar.

Kartei an den nächsten Dienstag

Die Vorlesungen an der Dienststätten

Dienststätte Weißes Vorland noch aufge-

schoben.

Volkshochschule Pirna (e. V.).

Die Volkshochschule Pirna beginnt am 12. Ja-

nuar 1920 ihre Winterarbeit.

Der Arbeitskreis und die Oberkasse für die

Vorlesungen durch die Volkshochschule des Vereins

fortsetzen durch die Volkshochschule des Vereins

Fortschritts durch die Volkshochschule des Vereins

Ein neuer Streit in der Leipziger U. S. P.

Vereins vor dem Leipziger Vorsteher der U. S. P. Dr. Kurt Geyer, der Vorsitzende des kommunistischen Klubs innerhalb der U. S. P., einen kürzeren Bericht in der Leipziger Volkszeitung gegen diejenigen Parteigenossen und -angehörige seine Redaktionskollegen gerichtet, die sich einer Abdärmung des Unabhängigen im Kommunistischen Lager entgegensezten. Es hatte eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteirichtungen in der Leipziger Volkszeitung gegeben, die schließlich die Parteiteilung und die Parteigenossenschaft zu dem Verhältnisse nötigten, das von Kurt Geyer begonnenen Auseinandersetzungen zu schließen deut bringt nun die Leipziger Volkszeitung einen neuen parteiischen Artikel Geyers gegen seine Parteigenossen, an dem sich gleichzeitig eine Erwiderung der Redaktion der Leipziger Volkszeitung schließt. Die Leipziger Volkszeitung gibt bezeichnend dieses Vorgehen Geyers als ein parteiähnliches Treiben und sagt: "Das Ziel des Genossen Geyer geht dahin, an die Stelle der jüngsten Redaktion der Leipziger Volkszeitung eine andre zu setzen und ebenso die eigene Parteirichtung durch eine kommunistische gerichtet zu erhalten. In Berlin sind keine Gemeinschaftsgenossen idem wie vorgegangen, indem sie die jewige Redaktion der Freiheit durch eine 'kommunistische' erneutet haben wollten; an dem gewundenen Sinn der Parteigenossen Berlins ist dieser Vorstoß aber aufgestellt; auch in Leipzig, so hoffen wir, wird der 'kommunistische' Vorstoß den gleichen Erfolg haben. Die Leipziger Parteigenossen haben jetzt das Wort, sie müssen noch einmal entscheiden, ob die Parteierklärung jetzt das Wichtigste ist."

Ob es den Leipziger Unabhängigen noch einmal gelingt, den Ansturm der Kommunisten abzuwehren, muß abgewartet werden. Die leichte Abstimmung über den Anschluß an die Internationale hat allerdings gezeigt, daß die gemäßigte Richtung noch die Mehrheit, hat aber die kommunistisch gerichtete Minorität hat sich als sehr stark erwiesen, ja im Stadtgebiet hatte sie die Oberhand, was ja auch in der Parteiveranstaltung der Fall war.

Diese kommunistischen Kreisbereiche, die den Unabhängigen jetzt gefährlich werden, sind nur eine Folge der Tatsat, die die Deutschen um Sieger und Lipinski selbst aufgeschaut haben. Der Stab auf den Sumpfsoden der Desveradpolitik begiebt, der wird auf die Dauer kaum den nötigen Halt gegen den kommunistischen Bahnwaggon finden. Daß dieser sehr viel Boden in Leipzig gewonnen hat, zeigt die Verschärfung des Bahnwaggonstreits, die sicher nicht erfolgt wäre, wenn man nicht schon mit einem starken kommunistischen Druck rechnen möchte.

Die Leipziger Volkszeitung scheint übrigens selbst die stärksten Befürchtungen für die Zukunft der U. S. P. zu haben, denn sie bezeichnet es in einer Bemerkung zu dem parteiischen Artikel als unverantwortlich, aufs neue Streit in die Partei zu tragen und ihr schließlich das falsche Schild zu bereiten, wie es die kommunistische Partei erreicht hat; an dem ewigen Kriegesstaat in eine Angzahl Richtungen auszuseinanderzuspalten." Nun, wenn dieses Schild über die U. S. P. läuft, dann wäre es nur das Ergebnis einer naturnahen Entwicklung, der diese Partei von da an verfallen ist, als sie in einer Zeit konsequent eine Desveradpolitik betrieb, wo einheitliches Zusammenwirken die Ergänzung der revolutionären Errungenheiten ein unwendbares Gebot war.

Sächsische Angelegenheiten

Forderungen der Eisenbahnarbeiter

In der Nummer 2 vom 3. Januar d. J. befindet sich in der Dresdner Volkszeitung eine Mitteilung unter der Überschrift Will die Regierung den Eisenbahner erlösen? Diese Mitteilung enthält einige Unstimmigkeiten. Es handelt sich in diesem Falle nicht um Forderungen der Beamten, sondern um einen eingereichten Entwurf eines Tarifes für die sächsischen Eisenbahnarbeiter. Dieser Entwurf ist der Generaldirektion der sächsischen Staatsseisenbahnen von der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes am 16. Dezember 1919 mit der Bitte überreicht worden, recht bald in Verhandlungen mit der Lohnkommission der Gewerkschaften über diesen Tarif einzutreten. Am 2. Dezember 1919 fand zwischen den Vertretern der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes und den Vertretern der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen eine Bezeichnung statt. Dabei wiesen die Vertreter der Bezirks-

leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes darauf hin, daß es notwendig sei, die Lohnkommission der Gewerkschaften zur Bearbeitung des eingereichten Tariftarifs so bald wie möglich einzuberufen. Das wurde von den Vertretern der Generaldirektion zugesagt. Die Verhandlungen wurden nun von der Generaldirektion am 3. Januar 1920 festgesetzt und die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erhielt am 2. Januar hierzu Einladung. Hierdurch erhielten am 2. Januar die Obmannen der Arbeiterräte der Eisenbahnwerksstätten von Sachsen in der Bezirksleitung des D. E. V. und während einer Versammlung in der Generaldirektion. In dieser Versammlung wurde, auf Wunsch der Obmannen der Arbeiterräte der Werksstätten, der Verhandlungsrat der Lohnkommission auf den 5. Januar verlegt.

Diese Verhandlungen haben am 5. Januar stattgefunden,

Verhandlungen und außerdem verschiedene der mitgebrachten Frauen, weibliche Angestellte usw.

Die geschlossenen Formationen der Schutzen werden in den nächsten Tagen aufgelöst und die Verbrengten ordnungsgemäß in ihre Heimat entlassen, ebenso auch die weiblichen Angestellten. Die Schutzen verwehren sich dagegen, daß ihr Denken die öffentliche Sicherheit gefährdet, und bestreiten der deutschen Regierung das Recht, ihnen ihre Ausrüstungsgegenstände und ihr Kriegsmaterial wegnehmen. Sie verzweilen darauf, daß die Sicherheit für das Vermönd-Geld, das ihnen in Kurmark ausgezahlt war, in den Kriegsgeraden der westrussischen Regierung bestand, daß sie solches Kriegsgerät, das nie der deutschen Regierung gehörte, mit sich führen dürfen und sie ein Recht hätten, sich damit bezahlt zu machen.

Ein Kalenderbericht

Die Leipziger Neueste Radr. weisen darauf hin, daß die in vielen Kalendern dieses Jahres enthaltene Angabe, wonach der südliche Bahnhof auf den 3. März fällt, auf einem Irrtum beruht. Der südliche Bahnhof fällt in diesem Jahre vielmehr auf den 25. Februar. Das ist auf eine Verordnung des Sächsischen Kultusministeriums vom Jahre 1917 zurückzuführen, nach der in Jahren, in denen das Osterfest in die Zeit vom 4. bis 10. April fällt, der Termin des Buhages acht Tage früher zu legen ist. Das Osterfest fällt nun in diesem Jahre auf den 4. April, womit die Fahrabnahme, die in Rücksicht auf die Leipziger Frühlingsmesse, die in die Zeit vom 29. Februar bis 7. März fällt, getroffen wurde, diesmal in Kraft tritt.

Beschwerden der Leipziger Stadtvorsteher. Die Stadtvorsteherwahl im Leipziger Stadtvorsteheramt sind zu Beginn des neuen Jahres abzugeben. Bisher steht für das Präsidium aus zwei Unabhängigen zusammen. Der Vorsitz eines Präsidiums war unbekannt. Jetzt wird das Präsidium von einem Unabhängigen, einem Bürgerlichen und einem Mehrheitssozialisten gebildet. Der erste Vorsteher gehörte einer unabhängigen Redaktion Seeger bei diesen beiden bereits seit Ausbruch der Revolution immegelöst. Der neue erste Vorsteher ist der Jurist Conrad Gund von der Demokratischen Partei, was bis zum Beginn der Revolution erster Vorsteher, ebenso beide der zum zweiten Vorsteher gehörte mehrheitssozialistische Redakteur Vollender vor der Revolution bereits dem Präsidium angehört, und zwar, wie jetzt, als zweiter Vorsteher. Die Umwandlung des Präsidiums aus einer rein sozialistischen zu der jetzigen Form beruht auf einer Vereinbarung der Parteien.

Zwickau. Die Stadtvorsteherwahl wählen in der ersten Sitzung des neuen Jahres trotz dem lebhaften Widerstande der Mehrheitssozialisten, die den ersten Vorsteher für sich beanspruchten, den bisherigen Vorsteher Justizrat Leichmann wieder, für den Deutschnationalen und Deutschnationalen geschlossen eintraten. Bei der Wahl von 9 unbesteuerten Stadträten fielen je 4 Sitze den Demokraten und Mehrheitssozialisten und ein Sitze den Deutschnationalen zu. Von den 9 auscheidenden Stadträten wurden nur 2 wiedergewählt.

Das Verhalten der bürgerlichen Vertreter bei der Stadtvorsteherwahl versteht gegen alle parlamentarischen Grundsätze und ist ein böser Gewaltstreit. Auffällig ist, daß sich auch die Demokraten daran beteiligt haben, denn durch dieses Verhalten haben die bürgerlichen Gruppen auch die Grundsätze der Demokratie mit Füßen getreten.

Z. Riesa. Unter Wohnungsnutzung zu steuern, wurde der letzten Stadtvorsteherveranstaltung ein großartiges Umbauvorhaben der Kaiserstraße 1/58 vorgelegt. Die Gesamtkosten werden auf 4800 218 M. berechnet. Von den Gefechtskosten ist im Abzug zu bringen der dauernde Ertragswert von 1339 900 M., sodass sich eine Liefersteuerung von 3640 419.14 M. ergibt, die als Zuschüsse der öffentlichen Gewalten zu tragen wäre mit $\frac{1}{4}$ vom Reich, mit je $\frac{1}{4}$ vom Staat und von der Gemeinde.

Zum Raubmord in Langwiersdorf

Kreisstadt i. S. In der Angelegenheit betreffend den Raubmord an dem 60 Jahre alten Fräulein Laura Neuer in Langwiersdorf am 23. Dezember d. J. sind vor einigen Tagen die 82 Jahre alte Anna Maria Knaile aus Langwiersdorf sowie der 19 Jahre alte Wilhelm Große aus Bobendorf (Sachsen) verhaftet worden. Nun hat die Polizei ein teilweise Gehändnis abgelegt. Sie will erst hinzugetragen sein, als die Täter bereits die Beute eingespielt. Sie mußte Versteckgenossen schwören, durfte sich ebenfalls Woche und Elasse einspielen. Die Täter waren zwei Männer, die sich die Wagen über das Geschäft gezogen hatten. In dem einen will sie den Großen an der Sonnseite erkannt haben, der im Hause ihrer Schwiegertochter in Bobendorf wohnt und mit ihr in Schwiegerverbindung stand. Der zweite Täter wurde jetzt in dem 21 Jahre alten Bäder und Schwiegertochter Gustav Baumgart aus Bobendorf verhaftet. Die als jährling bekannte Knaile befindet sich seit seien Monaten in Andrei im Umhüllung. Sie hat die Tat aus Habgier nach Ausstattungswünsche ausgeführt oder wenigstens angestiftet.

Paul Körneke seinen Widerspruch nicht länger zu äußern.

"Das ist die Sprache des überfältigten Fleischen!" rief er. "Des Reichen, dem alles läufig war! Es ist die Philosophie des Überdrusses. Aber sagen Sie, tut dem Armen der Hunger weniger weh, weil Sie ihm nicht mehr füttern? Sind die Schönheiten dieser Welt darum weniger schön, weil Sie ihrer überdrüssig sind. Ja, sagen Sie, ist es nicht durchbar, daß einigen wenigen Reichen die erzielenden Genüsse des Lebens schall werden können, während Millionen darben, Tausende im Elend verkommen? Schon vor dem Kriege, in jener Zeit, die Sie die normale nennen werden, gingen Kinder hungrig zum Schule, hungrig zu Bett. Sie schickten Ihren Koch fort, weil er nicht vermochte, noch nicht dagebotenen Gemüsekoch zu erkennen."

Paul brach übervollen Herzens ab.

Ach — da rede ich hundertmal Besessen, um Sie darüber reden zu lassen. Und doch fährt es immer von neuem ins Blau. Mögen Sie es abgedrohtes Zeug nennen — dem Armen ist seine Armut tödlich neu."

Schlemihl hatte ihn ruhig angehört, mit Figaro beschäftigt, dem er das kostbare Fell trug. Nun sagte er: "Sie haben sicher in diesem recht. Und doch bestätigen Sie mir, was ich sage. Was würden Sie darum geben, wenn Sie in dieser Stunde noch die Verhältnisse wiederherstellen könnten, unter denen ich, Sie, Ihre Armen, wir alle vor dem Kriege lebten? Damals waren wir reich, wir alle waren reich. Aber haben wir damals nicht geflagt? Doch wo zu darüber streiten. Hören Sie meine Geschichte weiter — es ist die Geschichte Ihrer Gemübung."

Ich habe Ihnen schon, daß ich meines Reichsvertrags überdrüssig wurde. Es gab Städte, in denen ich den Bildhauer bestellte und erkannte, daß ich nicht nur meinen Schatten, sondern mich selbst dafür hingegeben hätte. Ich hoffte, der Teufel würde sich abschleichen und endlich, tödlich geworden, die ihm innerwohnende Faubertraft überieren. Aber er, der schon Nachhunderte überbauter, blieb überdrüssig. Das starke Vorburkader, aus dem er gefertigt war, blieb allen Anstrengungen stand. Und seine Faubertraft erledigte nichts. Wuchs ich nach so oft Anstrengungen, immer

meiner Freiheit, überfüllt, gestrig träge, gelangweilt. Ich nehme ein Buch heraus und stelle es verdrohnen an seinen Platz zurück, weil ich weiß, wie schal es mir sein wird, drin zu lesen. Und so sage ich mich an meine Tasche. Ohne Hunger, ohne Notwendigkeit, nur weil es Gewohnheit ist, Mahlzeiten zu halten. Ich wechsle die Städte und finde keinen, der meinen Gaumen von neuem zu teilen vermöchte. Und so ergaue es mir, wenn ich reiste. Ob ich in Singapur die tropischen Malakalatten nach ins Meer geworfenen Goldstücken touchen ließ oder auf der Suche nach schärferen Heizen am Tonne Kräfte Renziesfleisch mit Pappländern ob — es war mir alles gleichgültig. Glauben Sie mir, Sie haben auf Ihrer Wandertour durch den Thüringer Wald reiner Freude genossen als ich auf allen Weltreisen, die doch nach dem ersten Rausch des Genießens nur noch eine fortwährende Flucht vor der Langeweile waren. Und wenn Sie von Ihrer kleinen Wandertour erzählen, wie vorhin, so Klingt aus jedem Ihrer Worte noch die Freude der Erinnerung. Nicht einmal die habe ich. Was ist mein Grünem? Ein Aufhänger vergebener Namen, außer vielleicht der Erinnerung an Stunden, in denen mich Frauenschule befreite. Diese Stunden stehen als goldene Inseln im großen Nebel der Vergangenheit. Wir vergessen sie nie. Ihr Schimmer durchdringt noch den Nebel unseres Lebens, wird der Frauen, die uns mit dem Blick ihrer Liebe beschauten, gedenkt wie im Alter mit ihrer Tanbarkeit. Sie aber sind jung. Seugen Sie nicht die Bitterniss dieses Lebens ein. Es blüthen honigfeste Nächte. Und achseln Sie es nur ein: auch das Erlebnis in jenem Garten im Oberhof hat Ihnen die Freude nicht schnielen können. Ja, es hat sie gelassen helfen, so wie die Bitterniss einiger Mandeln den Bohlpechmaul des Kuchens bereichert. Ich habe aus allem, was ich genossen, nur die eine Erkenntnis gewonnen, die einem alten Manne wohl ansteht: die Erkenntnis ist des Lebens bester Teil. Viele Dinge sind nur so lange von Ihrem Meß umgeben, solange wir uns noch ihnen schenken. Sie verlieren, wenn wir sie ungeliebte Freude besitzen. Sehen Sie, lieber junger Herr, ich befah alles und alles ward mir schal und relativ. Ich kenne die Schrift nicht mehr, ich lenne dorum die Freude nicht mehr."

Sagen Sie nicht, Ihr Leben sei freudlos, dahinlos. Sie haben da ein Buch. Ich lenne es nicht. Aber ich Sie vorhin darin lesen sah. Wußte ich, daß Ihnen die Freude mehr als nur ein Zeitvertreib ist. Ich sah es Ihnen Wissen, sah es den Finger an, die die Seiten wendeten. Und glauben Sie mir, ich beneidete Sie um diese Freude, so ganz unbefangene Freude an einem Buch, einer Bombe im Park. Ich schenke Ihnen meine ganzebare Bibliothek, wenn Sie mir dafür Ihre Ursprünglichkeit des Geistes geben können. Ich sehe vor den Scheinen

Mittwoch den 7. Januar 1920

Stadt-Chronik

Schiebercafé

Der Geiger wälzt zurück die Riesenmähne und legt sofort zum Spiel den Bogen an, mit beiden Händen führt sein Hintermann Dem Bechtersringel in die Börderezähne.

Erklärung füllt auf fetter Schieber Mienen — Ave Maria, ich schaue es durch den Raum — Auf Niedergewegen zieht durch ihren Traum Sped, Zister, Leder, Lobsal, Sultaninen.

Querwesen flößt ein Kind mit echtem Stein Melodisch singend an den Seltental.

Ein Kellner schleicht unhörbar durch den Saal und dann und wann erknistern blaue Scheine.

Peter Michel.

Die Rutschbahn

Zu ihrer letzten Kreismitgliederversammlung beschließen die Dresdner Unabhängigen über den Bericht vom unabhängigen Parteitag in Leipzig. Der Unabhängige König lagte. Ledebour habe bürgerliche Phraselogie vorgetragen.

Man habe darüber nur gelacht. Flechner antwortete darauf, daß die Führung wie sich leicht nachweisen lasse, nicht blindlings auf die Massen hören dürfe. Es komme darauf an, unter Umständen auch den Mut einzubringen, gegen ihre Stimmung — auf Grund der nötigen Erkenntnis und Überzeugung — voranzugehen. Wenn man nichts anderes annehmen wolle, sei die Rede des Genossen König nur dadurch zu erklären, daß er zum größten Teil auf dem Parteitag nicht anwesend war. Er sollte dann aber auch verneinen, gewisse Angelegenheiten in der einheitlichen Weise zu besprechen. Es sei ein Untersuchung, Ledebour der große Verdienst um die Partei habe, nachzufügen, daß er die bürgerlichen Eierholzen noch nicht abgelegt habe.

Wie König beweist, gibt es auf der Rutschbahn nach links kein Halten — wie Flechner beweist, kommt diese Erkenntnis wie alle, auch die selbstverständlichen Einheiten, den Demagogen im Lager der Unabhängigen erst, wenn es später ist.

Das Märchen von den hohen Lönen

Ein Leser reicht uns: In einem Spielwarengeschäft der inneren Stadt bestaunen klatschige, darunter viele Arbeiter, die ausgelegten Sachen und die wertvollig hohen Preise der einzelnen Gegenstände. Da gibt an der Kasse eine schroffe weibliche Stimme einem unglaublichen Thomas die nötige Aufführung: „Ja, was denken Sie denn eigentlich? Die Löne sind doch auch nicht mehr wie früher, die, die jetzt 20 Pf. verdienen, verlangen und bekommen jetzt 30 Pf.“

Und nun auch hier, wie fast überall das gleiche Bild. Ein Teil nicht resigniert, weil sie durch einige Seulser ihren bedrückten Herzen Luft. Überall betrübte Mienen bei den Gedanken an den Geldbeutel; aber alle schweigen still und die Kässiererin kann auf den Erfolg ihrer „Beschwörung“ stolz sein.

Geh es nicht auch anders? Wie, wenn man nun die Dame, die an der Kasse thront und so schnell mit volkswirtschaftlichen Problemen fertig ist, fragen würde, ob die Leute, die früher für 20 Pf. arbeiten müssten, nun auch vielleicht 30 Pf. die Stunde verdienen? Was würde sie antworten? Sie würde schweigen! Und wenn man ihr den Schindel vor allen Leuten auf den Kopf zufügt, würde sie sicher sehr feinlaut werden.

Arbeiter! Warum verzerrt ihr diese Märchen von den hohen Lönen nicht immer gleich auf der Stelle, warum zweigt ihr fast immer und überall davon?

Kämperten von neuem zehn Goldstücke darin. Ich nahm mir vor, ihn zum zweitenmal von mir zu trennen. Aber ich fand nicht mehr den Mut dazu. Ich war nicht der Tot und nicht der Heilige, der ich hätte sein müssen, um das zu tun. Ich war dem Zauber des Goldes untertan und fürchtete die Rückkehr aus meinem Reichthum in die Armut. So dehnte ich den Beutel und lebte mit selbst zum Nebendienst.

Da griff der Weltkrieg auch in mein verstecktes Leben ein. Unter dem Sonnensegel eines englischen Hotels in Kolombia las ich die Kriegserklärung Englands an Deutschland. Betroffen stand ich auf. Medonisch bestieg ich eine der Rätschäfte, die den jugoslawischen Poeten herantrieben. Der Stoff kannte mich, er hörte mich, er hatte die Goldstücke gut im Gedächtnis, mit denen ich seine Dienste bezahlte. Vor dem Vittoriapark, nachdem er mich schon oft gefangen, ließ ich ihn halten. Ich ging durch den Garten, belohnt von der unsterblichen Sonne Colombs, von der Radacht — ich weiß es nicht. Judentümliche Gefloss trachteten mit mit summen Fabelblätter. Sie verschwanden blitzschnell, sobald ich mich regte. Aber oft stand ich still. Ich sah summen in die blauen Augen dieser rätselhaften Eidecken, und unter ihrem Bild empfand ich mit einem Male die Fremdheit dieser Natur, dieser Stadt, dieser Menschen — in mir regte sich das deutsche Herz. Ich sehnte mich in jener Stunde nach meiner Heimat, die die Gräber meiner unvergesslichen Mina und meines treuen Dieners Bendel barg. Sie waren im Hölle, mein Herr. Sie werden das Heimwech, diese lächerliche schmerzhafte Krankheit des Herzens, leiden und mich nicht verlöschten. Es bedurfte eines Weltkrieges, um die Schrift nach der Heimat in mir zu entzünden. Die Gefloss mit ihren zärtlichen Bildern erinnerten mich an die unschuldigen Eidecken, die ich zwischen den Grabsteinen der Gräber und sonnten sich auf den marmornen Grabplatten. Ich gehabt des eingefangenen Hölzels, unter dem Minas Staub sich mit Erde vermehrte. Und ich dachte daran, daß keine Seele in der Heimat lebte, die meine Hölzels erfreut hätte, und dennoch das Heimwech nahe in mir. Ich beschloß, sofort abzureisen. Eine Gefahr hieß mich meine Kurzfristen beschleunigen. Ich mußte damit rechnen als Deutscher als der ich bekannt war, festgehalten zu werden. Die Liebemelancholie, die mich leicht aus jedem Interessengeschäft entführen hättet, behielt ich nicht mehr. Ich wußte sie einst, da ich ihrer nicht mehr bedurfte, in die Wüste des Kurzorts am Marsbach. Ein Sonntagskind wird sie dort finden. Ich beobachtete meine Reise mit einem jugoslawischen Dienner, da ich für nicht brauchte und sie mich nur behirbt hätte und reiste noch am selben Abend mit einem jugoslawischen Ostindienfahrer ab, der mich ohne Sicherheit nach Europa brachte. Ich traf in Deutschland ein, empfangen vom Jubel über Antwerpens Fall.

Fortsetzung folgt.

Dresdner Volkszeitung

Salzhamster

Augenblicklich ist es unter vielen Hausfrauen große Mode, Salz zu hamtern. Argentino, in einer Pariserische, aber bei einer Salzpolterie hat eine Feuerholzmauspeife prophezeilt, daß das Blaue Salz nächstes So. Preisliste fallen würde. Eine sagt es der andern, und eine macht es vor andern nach — alle hamtern plötzlich Salz. Tatsache ist entweder eine angenehme Salzfrappette, die nun wie er anderer wischer und leichtplaudig macht — die tollsten Geschichten werden gesagt.

Es sind törichte Gedanken. Der neue Salzpreis wird 30, höchstens 35 Pf. für das Blaue betragen. Es liegt also kein Grund zu der sinnlosen Salzhamterei vor, durch die zwar das Salz in den Geschäftsräumen vorübergehend knapp wird, durch die aber doch niemand auch nur für namenswerte Zeit dem höheren Salzpreise entgeht.

Ein „Raubüberfall“ in Viechen

Am vergangenen Montag abend erzählten in einem Gewerkschaftslokal Schiffer, dem Schiffer und Stößen folgte, herbeieilende Leute fanden in der Kassette einen jungen Mann vor, der sich zusammen und schwach auf der Erde wälzte. Auf die Frage, was ihm geschehen sei, erwiderte er, überall und ausgedehnt worden zu sein. Man habe ihm ein Auto über den Kopf geworfen und seiner Tasche von 500 M. entzogen. Er folgte benachrichtigte Polizei nahm den Verletzten in ihre Obhut, wahrscheinlich, um sich den „Raubüberfall“ bei Viechen anzusehen. Auf dem Schauplatz der Tat waren mehrere Dutzend Viechhauer ausgestellt und eine Jagd untertreter — Knallerei. Um diese handt man eine Kanalpistole, die die angeblichen Räuber auf die Flucht von sich gebracht haben. Man wird wahrscheinlich den jungen Mann begreiflich machen, daß es nicht angängig ist, die Einwohnerschaft durch solche Komödien in unnötige Aufregung zu bringen.

Stadtverordnetenfraktion. Die Fraktionssitzung beginnt morgen mit Rücksicht auf die Eröffnung des verstorbenen Kollegen Dr. Hoffmann erst nachmittags 4½ Uhr. Die neuintretenden Abgeordneten sind zu dieser Sitzung besonders eingeladen. L.-O.: Gemüthe Abschüsse.

Stadtverordnetenversammlung. In der morgen stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten steht ein Antrag des Seniors Röhl zur Beratung: Das Kollegium wolle bekräftigen, den Rat auf Auskunft darüber zu erinnern, ob a) ob und welche Differenzen zwischen der Hobelmannausgleichsstelle und dem Betriebsamt entstanden sind, b) ob und inwieweit die in der Presse gegen das Betriebsamt erhobenen Vorwürfe begründet sind, und c) welche Maßnahmen der Rat zu treffen gedenkt, um ein besseres Zusammenarbeiten der Hobelmannausgleichsstelle, des Betriebsamts und der Straßenbahnenverwaltung für die Zukunft zu gewährleisten. Ein Antrag des Stadtverordneten Schefthüter Röhl erinnert den Rat, eine Überprüfung über die in dem der Stadt gehörigen oder von der Stadt verwalteten Wohnhäusern oder unbaueten Grundstücken seit dem 1. Januar 1918 vorgenommenen Preis- oder Bauzinssteigerungen, gegebenenfalls mit Angabe des früheren und jetzigen Werts der Mietzins und einer Begründung für die Höhe der Steigerung, vorzulegen. Des Weiteren fordert die Wahl des Vorsteckers und der beiden Stellvertreter, Konstituierung des Kollegiums, Wahl der vier Schriftführer, Wahl der vier ständigen Ausschüsse und ihre Konstituierung statt.

Geschworenenrecht. Zur ersten Sitzungsperiode des Jahres 1920 wurden folgende Hauptgeschworene aufgezählt: Heinrich Wilhelm Lehmann, Eigentümerbesitzer in Gessling, Oswald Paul Schwante, Professor, Bendlerstraße 3, Dr. phil., Dozent an der Hochschule für Angewandte Kunst, Wilhelm Breitling, Richter, Dresden, Friedrich Unger, Notar und Wirtschaftsberater, Rossmühle, August Bruns Röthig, Güteküster, Leopold Reuter, Oberbaumeister, Bautzen, Karl August Lehnhart, Schulbaumeister, Villnitz, Kurt Gustav Große, Städtebauamtmann, Löbtau, Wilhelm Rößler, Städtebauamtmann, Dresden, Richard Böttcher, Dresden, Hermann Rößler, Stadtbaumeister, Dresden, Maximilian Scheuerer, Stadtbaumeister, Pirna, Georg Max Hirsch, Badelbauer, Radeberg, Ernst Röglisch, Konsumvereinsfaktor, Friederike Kraatz Rößler, Badelbauer, Großdittmannsdorf, Bautzen, Oskar Schatzles, Elsenförder, Oberbaurat, Arthur Paul Guts-Meyer, Leipziger Str. 10, Wohlmar, Walther Kirschner, Altmarkt, Altmarkt, Altkönig, August Grächenhain, Walter Münnich, Gütermobilist, Leuben bei Dresden, Theodor Emil Hindel, Gütermobilist, Böhlitz, Amtsh. Dresden, Paul Berger, Baudirektor, Obermeiss, Hermann Neubauer, Professor, Hofstetti, Richard Hammeyer, Städtebauamtmann, Dresden, Richard Paulmann, Pirna, Maximilian Scheuerer, Stadtbaumeister, Dresden, Robert Albin Pötsche, Mühlendorf, Schandau, Hans d. Gablenz, Oberleutnant a. D., Günter Röder, Güldendorf, Julius Hreher, Maurer und Bauschaffender, Radeburg, Gustav Ernst Bartels, privat, Baumeister, Bischofsgrün, Otto Schmidt, Hauptmann a. D., Gemeindeworstand, Hofstädtz, Karl Richard Ulrich, Kaufmann, Stadtrat, Schandau.

Die Amtslösung der Hauptgeschworenen, die bei den Sitzungen des Amtsgerichts beim Landgericht Dresden im Geschäftshof 1920 herauftauchten, ergab folgenden Beschluss: a) Aus der Gruppe Josef Jahn, Klempner, Dresden; Karl Schilling, Schmedes, Dresden; Otto Mohnhardt, Schefthüter, Dresden; Alfred Reitner, Schloß, Kleinannaburg; Karl Vogel, Baudirektor, Dresden; Otto Wilhelm Krautmann, Elsenförder, Elsenförder, Dresden; Wilhelm Rößler, Stadtbaumeister, Dresden; Wilhelm Rößler, Architekt, Dresden; August Nägele, Städtebauamtmann, Dresden; Paul Hauptmann, Villa 11, Dr. phil., Dozent an der Hochschule für Angewandte Kunst, Wilhelm Breitling, Richter, Dresden, Friedrich Unger, Notar und Wirtschaftsberater, Rossmühle, Walter Münnich, Gütermobilist, Leuben bei Dresden, Theodor Emil Hindel, Gütermobilist, Bautzen; Hermann Rößler, Städtebauamtmann, Dresden; Richard Böttcher, Dresden; Hermann Rößler, Stadtbaumeister, Dresden; Maximilian Scheuerer, Stadtbaumeister, Pirna, Georg Max Hirsch, Badelbauer, Radeberg, Ernst Röglisch, Konsumvereinsfaktor, Friederike Kraatz Rößler, Badelbauer, Großdittmannsdorf, Bautzen, Oskar Schatzles, Elsenförder, Oberbaurat, Arthur Paul Guts-Meyer, Leipziger Str. 10, Wohlmar, Walther Kirschner, Altmarkt, Altmarkt, Altkönig, August Grächenhain, Walter Münnich, Gütermobilist, Leuben bei Dresden, Theodor Emil Hindel, Gütermobilist, Bautzen; Robert Albin Pötsche, Mühlendorf, Schandau, Hans d. Gablenz, Oberleutnant a. D., Günter Röder, Güldendorf, Julius Hreher, Maurer und Bauschaffender, Radeburg, Gustav Ernst Bartels, privat, Baumeister, Bischofsgrün, Otto Schmidt, Hauptmann a. D., Gemeindeworstand, Hofstädtz, Karl Richard Ulrich, Kaufmann, Stadtrat, Schandau.

Räumliches Gründungsamt. Der Touristentreffpunkt Die Naturfreunde, Ortsgruppe Dresden, hat sich entschlossen, für die Öffnungszeit des Plauenschen Gründes (Kochstr., Güterstr., Burgstr., Böhmisches Landhaus) zu eröffnen, um die Begegnungsbereiche nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgeleitet. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es wird ihnen aber eine laufende Erweiterung bis zu 20 M. monatlich zugeschlagen vom 1. Oktober 1919, zugestellt. Den Erweiterungsansuchten sollen in Zukunft drei Frauen angeboten werden, um sie das neue Jahr die nötigen Verpflichtungen in den Händen zu haben. Die Vermietungsgebühren werden von 100 Prozent erhobt. Ein Gruppen der Gemeindebeamten, die Wiederaufnahmehilfe nach Staatsregeln zu gewähren, wird abgelehnt. Es

